

Zwischen Wahlkampf und Politik

Halls Parteien der Linken und der bürgerlichen Mitte in den Anfangsjahren der Weimarer Republik bis 1924/25

VON ARMIN MÜLLER

Vorwort

Diese Arbeit ist die Fortsetzung und der Abschluß der Arbeit zu den Haller Rechtsparteien »Zwischen Tugend und Gewalt«, die im Jahrbuch 1993 des Historischen Vereins erschienen ist. Die Weimarer Republik, besonders ihre Anfangs- und Mitteljahre, wurden in der Lokalgeschichte bisher vernachlässigt. In Schwäbisch Hall erforschte man bisher lieber die alte Reichsstadtgeschichte, und die neuere Stadtgeschichtsschreibung wird von der Zeit des Dritten Reiches dominiert. Die nationalsozialistische Epoche ist aber ohne die Vorbedingungen der zwanziger Jahre kaum denkbar, was insbesondere die vorangegangene Arbeit zu den Rechtsparteien zeigen sollte. Die NSDAP kam 1930 nicht aus dem Nichts. In unserer Zeit, in der »Politikverdruß« und Parteienschetle zum Allgemeingut gehören und die klassischen politischen Strukturen nur noch Probleme beschreiben und verwalten, nicht aber mehr lösen können oder wollen, erscheint ein Blick auf das Parteiensystem einer gescheiterten Republik nur konsequent und von aktueller Bedeutung.

Mit dem Ende des Ersten Weltkrieges brach die Novemberrevolution aus, die Monarchie wurde von der Republik abgelöst. Diese Republik mußte mit der Last zurechtkommen, die unmittelbaren und mittelbaren Folgen des Krieges bewältigen zu müssen; dazu gehörten u. a. die Normalisierung der Kriegswirtschaft, die Erfüllung der Vertragsbedingungen von Versailles und tiefe wirtschaftliche und soziale Not in den folgenden Jahren.

Ungewohnt für die Bürger/innen war die offene Debatte, die Vielfalt der politischen Angebote und die Konkurrenz um die Macht. Vielen fiel es schwer, die Versprechen der Wahlprogramme nicht allzu wörtlich zu nehmen. So wandten sich viele schnell wieder von der Demokratie ab, sehnten sich nach den alten Verhältnissen oder folgten den neuen extremen Ideologien. Diese sechs Jahre wurden von wichtigen Ereignissen geprägt. Angefangen vom Aufbau der Demokratie, den Neuwahlen, über den Vertrag von Versailles, den »Kapp-Lüttwitz-Putsch«, die Reparationsverhandlungen bis zu den Krisensymptomen der Jahre 1923/24 wie Hyperinflation, Ruhrkampf gegen die Franzosen, Hitlerputsch in München oder den Morden an demokratischen Politikern.

Entlang diesem Gerüst wurden die zugänglichen Informationen aus und über die Haller Parteien aufgereiht und ein chronologischer Abriß über deren Aktivitäten geschrieben. Selbst hilfreiche Arbeiten über die einzelnen Landesverbände liegen kaum vor, geschweige denn Abhandlungen über die Regionen, weshalb versucht

wurde, vor allem mit Hilfe der Lokalzeitung und den Wahlergebnissen, die Haller Entwicklungen und Besonderheiten herauszuarbeiten. Trotzdem fehlen oft parteiinterne Fakten, und zu den Persönlichkeiten der kommunalen Ebene mangelt es häufig an biographischen Daten. Mit dem Jahreswechsel 1924/25 fand eine gewisse Zäsur statt, die Krise war vorerst bewältigt und die ruhigeren »Goldenen Zwanziger« begannen, so daß die Untersuchung dort abgeschlossen wurde.

1. Die Nationalliberalen in der Deutschen Volkspartei

1870/71 war der kleindeutsche Nationalstaat von Bismarck auf Kosten einer demokratischen Staatsordnung durchgesetzt worden. Daran spalteten sich die liberalen Kräfte. Die Nationalliberalen sahen in der deutschen Einigung das höhere Ideal und waren deshalb bereit, das wilhelminische Kaiserreich mitzutragen. In Württemberg sammelten sie sich vor 1918 in der Deutschen Partei, und auch in Hall arbeitete eine DP-Ortsgruppe aktiv bis zur Novemberrevolution¹. Diese ließ die bürgerlichen Parteien enger zusammenrücken. Vor allem zur Abwendung einer sozialistischen Republik schlossen sich die Nationalliberalen mit den Linksliberalen in der neuen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) zusammen. In Württemberg umfaßte die DDP erstmals alle Liberalen, doch schon am 15. 12. 1918 gründete Gustav Stresemann in Berlin die nationalliberal ausgerichtete Deutsche Volkspartei (DVP)².

Bei den Wahlen im Januar kam die DVP insgesamt auf 4,4% der Wählerstimmen. In Württemberg formierte sich die DVP erst spät ab September 1919 und anfänglich auch nicht sehr erfolgreich³. In Nordwürttemberg gruppierten sich zuerst z. B. Crailsheimer Parteimitglieder, aber auch die Haller gehörten in der Region mit der Gründung einer Ortsgruppe am 27. 11. 1920 noch zu den ersten⁴. Die Maiwahlen 1920 spiegelten diese Schwäche. Während reichsweit 13,9% einen Riesenerfolg bedeuteten, stimmten gerade 3,8% der württembergischen Wähler/innen für die DVP. In Hall lag die DVP mit 6% über dem Landesdurchschnitt⁵. Jedenfalls fanden immer mehr Haller/innen den Weg zur DVP, so daß am besagten 27. 11. eine Ortsgruppe gegründet werden konnte. Der Landtagsabgeordnete Hartmann war anwesend. Die Versammelten wählten Prof. Dr. Eisele zum ersten Ortsvorsitzenden⁶.

In Berlin führte der pragmatische Kurs der DVP unter Stresemann zu Erfolgen,

1 K. Ulshöfer: Bilder aus Hall. Eine alte Stadt im Kaiserreich (Forschungen aus Württembergisch Franken 12), Schwäbisch Hall 1976, S. 57.

2 P. Rothmund, E. R. Wiehn (Hrsgg.): Die FDP/DVP in Baden-Württemberg. Liberalismus als politische Gestaltungskraft im deutschen Südwesten (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 4), Stuttgart 1979, S. 134.

3 T. Schnabel: Württemberg zwischen Weimar und Bonn 1928–1945/46 (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 13), Stuttgart 1986, S. 29.

4 Haller Tagblatt nach 27. 11. 1920.

5 HT vom 7. 6. 20.

6 Wie Anm. 4.

während der württembergische Landesverband nie aus dem Schatten der DDP heraustreten konnte. Auf der politischen Rechten konkurrierte die städtisch-bürgerlich orientierte Württembergische Bürgerpartei (WBP). DDP und WBP waren in Hall seit 1918 gut organisiert, während die DVP sich noch gegen beide profilieren mußte⁷. Bescheiden fielen die Aktivitäten der Ortsgruppe aus. Eigene Kommunalpolitik entwickelte sie nicht, sie unterstützte bei Gemeinderatswahlen immer die Wirtschaftliche Wählervereinigung⁸.

Zu den auffälligen Aktivitäten gehörte die Frühjahrsfeier 1922 und die Jahreshauptversammlung 1922, die gut besucht war⁹. Der Landesvorsitzende Dr. Bickes setzte sich in seiner Rede kritisch mit der »Erfüllungspolitik« auseinander und griff dabei die Franzosen wegen deren Deutschlandpolitik an¹⁰. Er gehörte wohl eher zum rechten Flügel seiner Partei.

Auf dem Höhepunkt der ersten großen Krise 1923 stellte sich Stresemann als Reichskanzler an die Spitze einer großen Koalition und brach den deutschen Widerstand gegen Frankreich ab, nur eine von vielen Entscheidungen seiner kurzen Regierungszeit. Im Wahljahr 1924 konnte die DVP mit diesen Erfolgen werben, doch die Koalition mit der SPD weichte auch das nationale Profil auf¹¹. In Hall führte die DVP im März und April 1924 jedenfalls einen intensiven Wahlkampf mit prominenten Rednern. Am 10. 3. 1924 war Prof. Scheel aus Tübingen zu Gast und konnte mit einer frei vorgetragenen Rede die Zuhörerschaft begeistern¹². Am 29. 3. 1924 folgte der württembergische Partei- und Fraktionsvorsitzende Dr. Engelhaaf¹³. Den Abschluß der Großveranstaltungen machte Dr. Bickes am 22. 4.¹⁴. Alle Redner verteidigten die »Erfüllungspolitik«, antimarxistische Positionen und die freie Marktwirtschaft als prägnante Leitlinien nationalliberaler Politik. Scheel forderte, daß die Partei hinter der »verbindenden Volksgemeinschaft« zurückstecken sollte, die Menschen würden »den Ausweg vor lauter Jammern nicht mehr sehen«¹⁵.

Das Wahlergebnis bestätigte die gestärkte Präsenz der DVP in Hall, lag aber auch im Trend eines allgemeinen Rechtsrutsches. Die DVP profitierte von dem Einbruch der DDP und konnte die eigene Stimmenzahl mehr als verdoppeln. Mit 13,5 % bzw. 12,2 % waren die Haller dem Status einer Kleinpartei, entgegen dem reichsweiten Trend, entwachsen. Hall war eine nationalliberale Hochburg geworden¹⁶. Der Haller Wilhelm Lang hatte die Bezirksliste zur Landtagswahl angeführt, doch für ein Mandat reichte es nicht¹⁷.

7 HT vom 12. 12. 21.

8 HT vom 10. 12. 22.

9 HT vom 19. 5. 22.

10 HT vom 8. 11. 22.

11 E. Kolb: Die Weimarer Republik, München²1988, S. 51 und 62.

12 HT vom 14. 3. 24.

13 HT vom 3. 4. 24.

14 HT vom 24. 4. 24.

15 Wie Anm. 12.

16 HT vom 5. 5. 24.

17 HT vom 24. 4. 24.

Außerhalb der Wahlkämpfe hielt sich die DVP ziemlich zurück. Das deutet darauf hin, daß sich die DVP nicht als Mitgliederpartei, sondern eher als Wahlkollegium einiger Prominenter sah, die ohne ein breiteres Angebot für die eigene Klientel auskommt. Aktiv traten für die DVP in den untersuchten Jahren der Ortsvorsitzende Eisele, Forstmeister Hopfengärtner, Wilhelm Lang und Postinspektor Häring auf¹⁸.

In der zweiten Jahreshälfte kam es dann zur Auflösung des neuen Reichstages, weil die Stärke der radikalen Parteien keine sicheren Regierungsmehrheiten ermöglichte. In diesem zweiten Wahlkampf des Jahres stritt im Haller Raum z. B. Schultheiß Roth aus Lustnau um nationalliberale Wähler/innen. In Ilshofen hatte er bei seiner Veranstaltung am 16. 11. 1924 sehr guten Besuch¹⁹, während er am 27. 11. in Hall weniger Publikum anzog²⁰. Die beiden liberalen Parteien, DVP und DDP, griffen sich dieses Mal direkt an. Bei einer DDP-Veranstaltung mit Theodor Heuss befand sich der DVP-Politiker Köhler im Publikum und forderte den Redner zur Diskussion²¹. Entsprechend ergriff der Haller DDP-Vorsitzende bei Roths Besuch in Hall das Wort²². Die DVP stritt für eine nationale Regierung ohne SPD, aber unter Einbeziehung der DNVP, die mehr Stabilität vermitteln sollte, also darum, so äußerten sich die Redner, der »staatsfeindlichen Rechten« durch Einbindung den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Der Rückgang der extremen Rechten kam der DVP zugute. In Hall gelang es, die guten Ergebnisse vom Mai noch auf 16,0 % auszubauen²³. Damit stand die DVP auf dem Höhepunkt ihres Erfolges. Bemerkenswert ist auch die ansonsten kaum zu beobachtende Differenz zwischen den Stimmen für Reichstags- und Landtagslisten bei parallelen Wahlen für die DVP. Dies spricht für die Bedeutung Gustav Stresemanns als Aushängeschild der Partei und die insgesamt unwichtige Rolle der DVP in der Landes- und Kommunalpolitik.

2. Die Deutsche Demokratische Partei

2.1 *Einflußnahme im neuen Staat*

Die Liberalen können ihre parteipolitischen Traditionen bis zu den parlamentarischen Anfängen im Deutschen Bund, vor allem während der bürgerlichen Revolution von 1848/49, zurückverfolgen. Die Nationalliberalen waren schon mit der Gründung des Deutschen Reiches eine staatstragende Partei geworden, und selbst die Linksliberalen wuchsen langsam in das Kaiserreich hinein²⁴. 1910 war es zur

18 Lang und Häring stehen z. B. am 11. 11. 24 als Kontaktpersonen für Parteianmeldungen im HT. Hopfengärtner leitete die Wahlversammlung vom 10. 3. 24.

19 HT vom 21. 11. 24.

20 HT vom 29. 11. 24.

21 HT vom 20. 11. 24.

22 Wie Anm. 20.

23 HT vom 8. 12. 24.

24 K. Heger: Die DDP in Württemberg und ihre Organisation, Leipzig 1927, S. 101.

Flurbereinigung im linksliberalen Lager Deutschlands gekommen, als die drei wichtigsten Parteien sich zur Fortschrittlichen Volkspartei (FVP) vereinten, was in Württemberg der bisher dominierenden Demokratischen Volkspartei nur einen neuen Namen bescherte. Über die »Nationalsozialisten« von Friedrich Naumann flossen Ideen ein, die dem Staat auch soziale Verantwortung zuordneten²⁵. 1918 reagierten die liberal-bürgerlichen Kreise auf die Revolution mit dem Willen zu einer starken geeinten Partei. Die FVP und weite Teile der DP gründeten deshalb die Deutsche Demokratische Partei (DDP): zwischen dem 17. 11. und dem 7. 12. 1918 schlossen die Württemberger ihre Vereinigungsverhandlungen erfolgreich ab²⁶. Die neue DDP wurde zu $\frac{2}{3}$ von der FVP und zu $\frac{1}{3}$ von der DP getragen, vor allem nach außen hin war sie jedoch die Fortsetzung der FVP. Erster Vorsitzender war Conrad Haußmann, sein Stellvertreter wurde Friedrich Baumann²⁷.

Hall erlebte am 17. 11. 1918 die letzte Veranstaltung der FVP. Demokratische und sozialdemokratische Redner erklärten sich bereit, unter den neuen Verhältnissen Verantwortung zu übernehmen. Unterschiede zwischen den Parteien lagen weitgehend nur in der Begriffswahl²⁸. Im Zeichen der personellen Kontinuität blieb der letzte FVP-Vorsitzende, Dr. Zeller, auch an der Spitze der neuen DDP-Ortsgruppe²⁹. Der Aufruf der Haller DDP an die Wählerschaft wurde von 35 Männern und 5 Frauen unterzeichnet, vor allem von Lehrern und Vertretern von Handel und Industrie. Für den neuen Staat forderte man darin »Volksregierungen«, Wirtschaftsproduktivität im Sinne des Gemeinwohls, soziale und rechtliche Absicherung der Arbeitnehmer, Trennung von Staat und Kirche, Gleichberechtigung der Frauen und Volksbildung zum Abbau der bisherigen Klassengegensätze und -vorurteile³⁰.

Nachdem die SPD schon den ganzen Dezember eine oberamtsweite Wahlkampagne geführt hatte, investierte die DDP ab Mitte Dezember alle eigenen Kräfte in den Wahlkampf. In Hall veranstaltete man insgesamt sechs »politische Abende« im Gasthaus »Hirsch«³¹. Nach Weihnachten lud man in zahlreichen Dörfern zu Treffen ein, teils in Gasthäusern, teils bei Privaten. So konnte die DDP insgesamt 20 Veranstaltungen in 16 verschiedenen Orten organisieren³². Als Wahlkampfredner/innen traten mit Dr. Zeller, Bäuerle, Theodor Heuss, Frau Prof. Merz, Minister Friedrich Baumann, Stadtpfarrer Schmoller, der Stuttgarterin Maisch und dem Abgeordneten Peter Bruckmann aus Heilbronn zahlreiche lokale und überregionale Persönlichkeiten auf. In ihren Berichten sprach die Presse von starkem Besuch³³.

25 Ebd., S. 113.

26 Ebd., S. 133f.

27 Ebd., S. 66f.

28 HT vom 19. und 21. 11. 18.

29 HT vom 19. 11. 18 und 16. 1. 19.

30 HT vom 10. 1. 19.

31 HT vom 18.-12. 18, 24. 12. 18, 2. 1. 19, 7. 1. 19, 9. 1. 19, 10. 1. 19.

32 Ebd.

33 Ebd.

Die Kampagne schlug sich auch in den Wahlergebnissen nieder. Im Vergleich zur Vorkriegszeit gab es zwar Stimmenverluste, doch das lag vor allem am neuen Wahlrecht und dem noch alten Honorationencharakter der DDP³⁴. Ähnliche Ergebnisse errang die DDP bei keiner weiteren Wahl der Weimarer Republik, nur die SPD holte dieses Mal mehr Stimmen. Württemberg war mit 25,0 % eine der liberalen Hochburgen, im Oberamt Hall waren es 26,8 % und in der Stadt städtliche 37,7 % bzw. 38,1 %, damit nur 50 bzw. 110 Stimmen hinter der SPD³⁵. Von den Haller Demokraten standen aber nur zwei auf aussichtslosen Plätzen der Landesliste: bei 38 errungenen Mandaten befand sich Hermann Wild auf dem 95. und Dr. Zeller auf dem 101. Platz³⁶.

Das Frauenwahlrecht und ein abgesenktes Mindestalter lösten bei den Parteien intensives Mühen um die neuen Wählergruppen aus. Noch während des Wahlkampfes lud die DDP, wie andere Parteien auch, zu einer speziellen Frauenversammlung mit der Stuttgarter Politikerin Maisch ein, bei der auch offiziell eine eigene Frauengruppe in der Haller DDP gegründet wurde³⁷.

Am 24. 1. 1919 kam es dann zur ersten Mitgliederversammlung, von da an trat die Frauengruppe kontinuierlich zusammen³⁸. Am 6. 3. informierte Prof. Wohlgenuth die demokratischen Frauen über die wirtschaftliche Lage Deutschlands³⁹. Den Kommunalwahlkampf im Mai bereitete die Gruppe mit vor⁴⁰, ihr Anklang bei den Wähler/innen und ihr Einfluß auf die DDP war jedoch gering. Ein Verhältnis von 2 Frauen zu 18 Männern auf der DDP-Vorschlagsliste und Ergebnisse von 1069 bzw. 516 Stimmen für Benni Wolf und Elizabeth Deutsch sprechen für sich. Das waren 7,6 % der gesamten DDP-Stimmen und damit noch weniger, als es dem Haller Parteidurchschnitt von 8,4 % entsprochen hätte⁴¹.

Die DDP hatte sich auch eine Jugendorganisation geschaffen, die am 7. 2. 1919 auch in Hall eine Ortsgruppe ins Leben rief; doch die Jugend ließ sich ziemlich schwer für die abstrakte Parteipolitik mobilisieren, so daß es insgesamt nur zu drei Treffen kam und sogar der Besuch des jungdemokratischen Landesvorsitzenden Schmid keine Neumitglieder anzog. Zu späteren Zeitpunkten wird ein DDP-Jugendverband in Hall jedenfalls nicht mehr erwähnt⁴².

Nach den Januarwahlen 1919 ging die Ortsgruppe dazu über, im Monatsrhythmus regelmäßige Mitgliederversammlungen einzuberufen. Am 24. 2. war der Reichstagsabgeordnete Johannes Fischer Gast eines der Treffen. Er informierte über die Arbeit der Nationalversammlung⁴³.

Zur Wahl des Gemeinderats präsentierte man eine eigene Liste. Ohne einen

34 Wie Anm. 3, S. 127.

35 C. Raith: Die Wahlen zur verfassungsgebenden Württembergischen Landesversammlung..., 1919.

36 HT vom 3. 1. 19.

37 HT vom 16. 1. 19.

38 HT vom 24. 1. 19.

39 HT vom 5. 3. 19.

40 HT vom 29. 4. 19.

41 HT vom 20. 5. 19.

42 HT vom 6. 2. 19 und 5. 3. 19.

43 HT vom 24. 2. 19.

besonders intensiven Wahlkampf ging die DDP als zweitstärkste Partei hervor, aber mit 28,8 % lag man jetzt um 8,5 % hinter der SPD⁴⁴. Sechs Demokraten wurden in den Haller Gemeinderat gewählt, für die vollen sechs Jahre waren das der altgediente Kommunalpolitiker Wilhelm Bayerdörfer, Dr. Theodor Blezinger und Friedrich Schindler, für drei Jahre Albert Auer, Heinrich Ströbel und Gottlob Lindenberger⁴⁵. Im neuen Gemeinderat hatten sich anfänglich alle bürgerlichen Gemeinderäte zu einer gemeinsamen Fraktion zusammengeschlossen, die auch mit Wilhelm Bayerdörfer den ersten Stellvertreter des Stadtschultheißen stellte⁴⁶. Die gemeinsame Fraktion hielt aber nicht lange. Schon am 4. 7. 1919 bildeten die DDP-Räte ihre eigene Fraktion. Theodor Blezinger wurde Fraktionsvorsitzender, und mit Friedrich Klein (Bürgerliche) und Karl Krüger (SPD) wechselte er sich auf dem Stellvertreterposten von Stadtschultheiß Hauber ab⁴⁷.

2.2 Jahr der Reaktion

Der erste Landesparteitag der württembergischen DDP festigte am 21. 7. 1919 die Parteistruktur mit der Verabschiedung der Satzung⁴⁸. Die Haller Ortsgruppe war wahrscheinlich durch den Hauptlehrer Deitzinger vertreten. Dieser informierte die Parteibasis am 16. 8. über die Ereignisse, am gleichen Abend wurde auch noch der Bericht von Richard Dürr über den Berliner Reichsparteitag angehört⁴⁹. Ende September versammelten sich die Mitglieder erneut, um dem Wegbereiter sozialen Gedankenguts bei den Liberalen, Friedrich Naumann, zu gedenken. Friedrich Fischer hielt die Gedenkrede⁵⁰. Die Frauengruppe Hall begann das neue Jahr mit einem Referat von »Frau Stadtpfarrer« Schmoller über »Kriegspatenschaften«. Nach Abschluß der Verfassungsarbeit standen 1920 schon wieder reichsweit Wahlen an. Als Attraktion des Vorwahlkampfes konnte die Haller DDP den ehemaligen Landesminister Friedrich Baumann begrüßen. Merkwürdig hatte sich die Stimmung gewandelt. Baumann konnte der Novemberrevolution kaum noch Sinn abgewinnen, um so wichtiger seien die Errungenschaften der neuen Verfassung. Ausdrücklich stellte er sich hinter die Annahme des Versailler Vertrages in der Nationalversammlung⁵¹.

Einige Tage später suchten in Berlin rechtsgerichtete Militärs, scheiterten jedoch am geschlossenen Widerstand der Arbeitnehmer/innen. Ein reichsweiter Generalstreik zwang die Putschisten zur Aufgabe. Die Rolle der Rechtsparteien bei diesem »Kapp-Lüttwitz-Putsch« heizte den Wahlkampf zusätzlich an⁵². Die bisher regierenden Parteien litten besonders unter der schwierigen Gesamtlage. Zwar waren

44 HT vom 8. 5. 19.

45 Wie Anm. 42.

46 StadtA Schwäb. Hall, Gemeinderatsprotokolle, Band 1918/19, 28. 5. 19.

47 Ebd., 9. 7. 19.

48 Wie Anm. 24, S. 80.

49 HT vom 14. 8. 19.

50 HT vom 23. 9. 19. —

51 HT vom 10. 3. 20.

52 Wie Anm. 11, S. 38f.

mehrere Parteiprominente Gast der Haller DDP, aber deren Politikstil war nicht gefragt. In Hall sprachen der Vorsitzende des Landesverfassungsausschusses Haußmann, Landtagsmitglied Dr. Hermann, Theodor Heuss, Mathilde Planck (eine der wenigen Parlamentarierinnen), Wahlkreiskandidat Wulle und auch noch der amtierende Landesvorsitzende Peter Bruckmann⁵³. Im Zentrum aller Reden stand die Wirtschaftspolitik und die Verteidigung der Demokratie gegen extreme Kräfte. Bei einer Kundgebung der WBP war es zu Handgreiflichkeiten gekommen, die auch von seiten der DDP verurteilt wurden. Im Umgang mit anderen Parteien warb man für Toleranz⁵⁴.

Als nach dem 7. 7. dann die Mandate vergeben wurden, schnitt die DDP äußerst schlecht ab. Über die Hälfte der Stimmen ging verloren, vor allem an die WBP und die Nationalliberalen. In Hall waren die Verluste begrenzt, die DDP hielt etwa das Niveau der Gemeinderatswahlen mit 26,7%⁵⁵.

In Württemberg bildete die DDP mit der Zentrumsparterie nun eine Minderheitsregierung, in der sie den Staatspräsidenten und den Finanzminister stellen konnte⁵⁶.

2.3 1920–23 Demokraten in einer schwierigen Demokratie

Nach der Wahl wurde in Deutschland die finanzielle Not des Staates immer deutlicher, und die Debatte um die Reparationsleistungen wurde härter geführt. Trotz der ungünstigen Rahmenbedingungen versuchte die DDP Halls weiterhin, bei den Bürger/innen für ihre bisherigen Parteiziele zu werben.

Die Frauengruppe setzte ihre Veranstaltungsfolge am 9. 9. 1920 mit einem zweiten Besuch von Mathilde Planck fort, die die Gedanken ihres Mannes Karl Christian Planck erläuterte. Endlich erfährt man auch den Namen der Vorsitzenden der DDP-Frauen: Frau Breuninger. Darüber hinaus bleiben aber die Dauer ihrer Amtszeit oder ihre Wahlergebnisse in der Partei unbekannt⁵⁷.

Regelmäßig kamen jetzt Vertreter der Parteigeschäftsstelle in die Haller Ortsgruppe. Es waren dies z. B. Johannes Fischer oder die Redakteure Hopf und Dürr. Sie stellten den Haller Mitgliedern z. B. politische Werke von Otto v. Bismarck oder Matthias Erzberger vor⁵⁸. Mangelnde Aktivität kann den Demokraten jedenfalls nicht vorgeworfen werden. Am 16. 1. 1921 feierte die Haller Ortsgruppe den Tag der Reichsgründung von 1871, bei der von allen Teilnehmer/innen eine Entschließung verabschiedet wurde, die einerseits »die friedliche Vereinigung aller Deutscher im Nationalstaat« forderte, aber andererseits einen solchen Staat nicht von oben, sondern demokratisch vom Volk legitimiert und getragen sehen wollte⁵⁹. Im Februar kam erneut Theodor Heuss, auch er forderte eine Revision der Vertragsbe-

53 HT vom 12. 5. 20, 26. 5. 20, 28. 5. 20, 3. 6. 20 und 5. 6. 20.

54 HT vom 3. 6. 20.

55 HT vom 7. 6. 20.

56 Wie Anm. 24, S. 80.

57 HT vom 13. 9. 20.

58 Z. B. HT vom 11. 10. 20 und 5. 10. 20.

59 HT vom 18. 1. 21.

stimmungen von Versailles, aber auch ein »verantwortliches Bürgertum« statt einer »bolschewistischen« oder rechtsgerichteten Diktatur. Wie immer erlebte Heuss bei seinen Vorträgen in Hall einen lebhaften Andrang von Interessierten⁶⁰.

Zum ersten Mal versammelte sich die gesamte Partei des Wahlkreises in diesem Jahr (1921) auch zu einer Hauptversammlung, die dem Gedankenaustausch der Ortsgruppen und einer attraktiveren Präsentation in der Öffentlichkeit diene. Vor großem Publikum sprachen die Landtagsabgeordneten Scheef und Eisenwein sowie die Ortsvorsitzenden Zeller und Steinhauser (Öhringen) über die wirtschaftliche Lage, von nötiger Toleranz und den notwendigen sozialen und demokratischen Verbesserungen⁶¹.

Nicht nur der Tod einflußreicher Personen aus der Gründungszeit (Friedrich Naumann oder Conrad Haußmann)⁶², sondern auch die scheinbare Hilflosigkeit der Politiker/innen gegenüber mancher wirtschaftspolitischen oder außenpolitischen Entwicklung machte vor allem der DDP zu schaffen. Bezeichnend hierfür war z. B. die Rede des Stuttgarter Landtagsabgeordneten Eisenwein bei einem zweiten Besuch in der Region⁶³.

Die Unzufriedenheit mit der Politik schlug 1922 in wachsenden Extremismus und Gewalt um, so fiel Reichsminister Walter Rathenau politischen Mördern zum Opfer, woraufhin sich auch in Hall ein breites Bündnis aus DDP, SPD, Gewerkschaften, Zentrum und Afa-Bund zusammenfand und am 27. 6. 1922 auf dem Marktplatz eine Großkundgebung »zum Schutz der Verfassung und Republik« abhielt. 800–1000 Teilnehmer/innen vor allem aus der Arbeiterschaft kamen⁶⁴.

Gleich darauf fand die Wahlkreistagung 1922 der DDP in Weinsberg statt. Die Hohenloher hatten die Ehre, den württembergischen Staatspräsidenten Hieber und die Landtagsabgeordneten Ehni und Scheef bei sich begrüßen zu dürfen⁶⁵. Drittes wichtiges Sommerereignis war das feierliche Gedenken der Weimarer Koalitionsparteien an den Verfassungstag. Doch nur wenige Leute zog es ins Stadttheater, vor allem das Fehlen von manchen Parteimitgliedern und der Arbeiterschaft wurde beklagt⁶⁶.

Im Dezember 1922 wurde die Hälfte der Gemeinderäte neu gewählt. Alle bürgerlichen Kräfte (DDP, WBP, Handwerksinnungen und der Gewerbeverein) traten auf einer gemeinsamen Liste namens »Wirtschaftliche Wählervereinigung« an. Sie erhielt gegen die Konkurrenz von SPD und Beamtenbund 49 % der Stimmen. Die drei ausgeschiedenen DDP-Gemeinderäte hatten sich nicht mehr zur Wahl gestellt, und die einzig zu wählende Frau kandidierte bei der SPD⁶⁷. Die Ergebnisse lassen aber keinen Rückschluß auf die Stärke der einzelnen bürgerlichen Parteien zu.

60 HT vom 8. 2. 21.

61 HT vom 23. 6. 21.

62 Wie Anm. 25, S. 145.

63 HT vom 9. 11. 21.

64 HT vom 28. 6. 22.

65 HT vom 28. 6. 22.

66 HT vom 13. 8. 22.

67 HT vom 12. 12. 22.

Der Jahresbeginn 1923 leitete ein großes Krisenjahr für Deutschland ein. Die Reparationsfrage spitzte sich derart zu, daß Frankreich im Ruhrgebiet einmarschierte, was in der Folge zum Ruhrkampf und zu einer rapide steigenden Inflation führte⁶⁸. Der Lage im Ruhrgebiet widmete auch der Landtagsabgeordnete Scheef seine Ausführungen am 19. 1. 1923. Er stand für eine Entschärfung der Lage ein. Mit einer bedingungslosen »Erfüllungspolitik« sollte das möglich sein. Die Parteien forderte er zum Konsens auf. Neu sind seine Ablehnung allgemeinverpflichtender Tarifverträge und seine Vorstellungen von einer Rückkehr zum Fürsorgestaat⁶⁹.

Mittlerweile erlebte die NSDAP einen ersten steilen Aufstieg, so daß sich auch in Hall mit der Jahreswende 1922/23 eine bedeutende Ortsgruppe gründete⁷⁰. Dieser Gefahr für das etablierte Parteiengefüge trug Johannes Fischer mit einer Sonderveranstaltung am 14. 5. 1923 Rechnung, und der unerwartet riesige Andrang bestätigte das Interesse, das die Nationalsozialisten in der Öffentlichkeit genossen. Fischer verglich die NSDAP mit dem »Nationalsozialismus« des Liberalen Friedrich Naumann. Naumann hatte einst gefordert, die Arbeiter/innen für den nationalen Gedanken zu gewinnen. Im Gegenzug sollte das Bürgertum für diese Verantwortung übernehmen. Hitlers NSDAP kritisierte Fischer dagegen wegen des Antisemitismus, »kommunistischer« Wirtschaftsforderungen, der Intoleranz gegen Andersdenkende und ihres Militarismus. Dem allen stellte sich der Haller NS-Vordenker Prof. Mergenthaler entgegen und versuchte eine Rechtfertigung in einem Redebeitrag aus dem Publikum heraus⁷¹. Die Wahlkreistagung 1923 fand in Hall statt. Der öffentliche Teil wurde vom Landtagsabgeordneten Henne und dem Reichstagsabgeordneten Heuss gestaltet. Heuss analysierte die außenpolitischen Beziehungen, vor allem die Dreierkonstellation Deutschland–Frankreich–England. Er führte aus, daß Frankreich dabei sei, das Mächtegleichgewicht »aggressiv« zu seinen Gunsten zu verschieben. Neue Tendenzen in Deutschland, also die Entwicklung hin zu einer Großen Koalition und zu mehr polarisierenden Steuern, würden ganz im Sinne alter DDP-Forderungen ablaufen⁷².

2.4 Das Wahljahr 1924. Der Sturz ins Lager der Kleinparteien

Die DDP verhielt sich in dieser Phase entscheidender Weichenstellungen sehr passiv. Erst wieder zum Wahlkampfauftakt 1924 lud die Ortsgruppe zu einer öffentlichen Versammlung ein, und es war erneut Theodor Heuss, der die vergangenen, ereignisreichen Monate kommentierte. In dieser Rolle war Heuss einer der letzten Publikumsmagneten der Haller DDP, gemessen an der öffentlichen

68 Wie Anm. 11, S. 49 ff.

69 HT vom 5. 2. 23.

70 HT vom 17. 5. 23.

71 A. Müller: Zwischen Tugend und Gewalt. Die Haller Rechtsparteien in den Anfangsjahren der Weimarer Republik bis 1924/25, in: WFr 77 (1993), S. 452 f.

72 HT vom 6. 9. 23.

Resonanz⁷³. Ein Vortrag der Liberalen Ehni vor der Frauengruppe fand nur unter geringer Beteiligung statt⁷⁴, und kurz vor dem Wahltag, dem 4. 5. 1924, sprach noch der Spitzenkandidat des Hällischen Wahlkreises, Friedrich Reinöhl, im Gasthaus »Ritter«. Der Ortsvorsitzende Zeller konnte mit dem Besuch zufrieden sein⁷⁵. Auf der gemeinsamen Liste der Oberämter Ellwangen, Crailsheim, Mergentheim, Hall, Künzelsau und Gerabronn war nur Theodor Blezinger für Hall auf den schlechten Platz 5 gesetzt worden⁷⁶.

In Württemberg scheiterte noch kurz vor der Wahl die Regierung Hieber an einer geplanten Verwaltungsreform, die straffere Strukturen in der Verwaltung und Neugliederungen einiger Oberämter vorsah⁷⁷. In Hall stand deshalb die Auflösung des Landgerichts an, was Bürger/innen und viele kommunale Politiker/innen zum Protest provozierte. Die Pläne erwiesen sich als undurchführbar, im Wahlkampf erklärten sich selbst Vertreter der Koalitionsparteien wie Friedrich Reinöhl gegen die Reformen.

Nach den allgemeinen Verlusten im Jahr 1920 wurde die DDP im Oberamt Hall besonders schwer getroffen und verlor die Hälfte ihrer Stimmen. Auf dem Land wählte das Bürgertum lieber deutschnational, und auch die DVP zog an der DDP vorbei, jedenfalls in der Region um Hall. Die DDP-Ergebnisse in der Stadt Hall lagen nur noch minimal über dem Landesdurchschnitt: 11,2% bzw. 11,5% gegenüber 9,4% bzw. 10,4%⁷⁸. In Württemberg ging die DDP jetzt – im Widerspruch zu früheren Bedenken – eine Koalition mit dem Bauernbund und der WBP ein⁷⁹.

Die Haller DDP stellte sich unter dem Eindruck ihrer Niederlage verstärkt der Auseinandersetzung mit der DVP. Der 2. Reichstag hatte sich als nicht arbeitsfähig erwiesen, so daß er schnell aufgelöst wurde und am 7. 12. schon wieder Neuwahlen anstanden. Am 27. 11. 1924 erschien Zeller bei einer DVP-Veranstaltung und verteidigte die angebliche »Anbiederung« der DDP an die SPD und warnte vor zu viel Vertrauen in die DNVP⁸⁰. Zu einem wahren Rededuell kam es schon am 18. 11. 1924 bei einer Wahlveranstaltung der DDP mit Theodor Heuss. Heuss verteidigte die Errungenschaften der Verfassung, die SPD und die bisherige Außenhandelspolitik gegen den DVP-Politiker Köhler aus Tübingen, der sich aus dem Publikum heraus zur Diskussion stellte⁸¹. Am 1. 12. 1924 sprach noch Stadtpfarrer Schinkel aus Zuffenhausen. Die Zielrichtung seines Vortrages war speziell gegen die Ansprüche der Deutschnationalen gerichtet. Er griff vor allem die Großagrarien an, die aus »Profitgier« deutsche Gebiete mit polnischen Billigarbeiter/innen durchsetzt hätten und im Gegensatz zu ihren Bekenntnissen nicht die

73 HT vom 10. 4. 24.

74 HT vom 29. 4. 24.

75 HT vom 3. 5. 24.

76 HT vom 26. 5. 24.

77 Wie Anm. 2, S. 149.

78 HT vom 5. 5. 24.

79 Wie Anm. 3, S. 32.

80 HT vom 29. 11. 24.

81 HT vom 20. 11. 24.

Interessen der Kleinbauern vertreten würden. Aus der wirtschaftlichen Krise seien gerade die Großagrarien als Gewinner hervorgegangen⁸².

Wichtigstes Ergebnis der Wahl waren die Verluste der radikalen Linken und Rechten. Die DDP profitierte von der allgemein günstigeren Lage jedoch nicht, sondern stagnierte in Stadt und Oberamt auf ihrem niedrigen Niveau vom Mai. Blickt man vor allem auf die ländlichen Gemeinden, dann wird überdeutlich, wie weit die DDP zur Kleinpartei abgesunken war. Verluste und Gewinne verteilten sich ganz individuell und folgten lokalen Trends, so erreichte man in Hessental gerade noch 3,4 % und in Gelbingen sogar nur 1,1 %, während die Partei in Steinbach z. B. mit 6,1 % fast wieder zu WBP und DVP aufschließen konnte⁸³.

Außerhalb des unmittelbaren Wahlkampfes unterstützte die DDP die Gründung einer Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, das hauptsächlich von der SPD getragen wurde, in Hall aber auch Demokraten und Persönlichkeiten des Zentrums gewinnen konnte⁸⁴. Die Haller DDP war der linksliberalen, republikanischen Bewegung schon traditionell verbunden. In den ersten Nachkriegsjahren führte DDP-Gemeinderat Bayerdörfer in Hall die Deutsche Friedensgesellschaft (DFG)⁸⁵, und der DDP-Parlamentarier Johannes Fischer referierte im November 1923 auf einer öffentlichen Versammlung des Republikanischen Reichsbundes, einem Vorläufer des Reichsbanners⁸⁶.

3. Die Zentrumspartei in Hall

Im Kaiserreich hatten die sich als Minderheit bedrängt fühlenden Katholiken sich politisch in einer Konfessionspartei formiert, die meist in Opposition zur preußisch-protestantischen Staatsführung stand. 1918 existierte in Württemberg immer noch die evangelische Staatskirche, die den Katholiken das Gefühl von Bürgern und Bürgerinnen zweiter Klasse gab. Die konfessionelle Basis bildete eine treue Wählerschaft. Das Wahlsystem machte zusätzlich einen großen, durchorganisierten Parteiapparat überflüssig⁸⁷.

In Hall spielte die Zentrumspartei durch den geringen Katholikenanteil eine untergeordnete Rolle. Im Oberamt bekannten sich etwa 8 % der Bevölkerung zum römisch-katholischen Glauben⁸⁸. Bei der letzten Landtagswahl vor dem Krieg 1906 errang der Zentrumskandidat gerade 4,7 % der Stimmen im Oberamt und 3,3 % in der Stadt. Nur in den katholischen Gemeinden Hessental,

82 HT vom 3. 12. 24.

83 HT vom 8. 12. 24.

84 HT vom 17. 9. 24.

85 HT vom 8. 2. 19.

86 HT vom 20. 11. 23.

87 P. L. Weinacht (Hrsg.): Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 2), Stuttgart 1978, S. 66.

88 Württembergisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Statistisches Handbuch für Württemberg, 1927–35, S. 33.

Steinbach und mit Abstrichen auch in Eckartshausen konnte das Zentrum vorzeigbare Stimmergebnisse verbuchen⁸⁹.

Diese konfessionellen Vorgaben bestätigten sich bei den Wahlen im Januar 1919. Als jetzt staatstragende Partei innerhalb der »Weimarer Koalition« spielte das Zentrum eine neue Rolle. Jetzt holte die Partei auch den Aufbau eines funktionierenden Apparates nach. In Württemberg war die Partei vor allem im südlichen Oberschwaben und im Jagstkreis verwurzelt⁹⁰. Trotz der kleinen Haller Gemeinde bildete sich schon am 16. 2. 1919 eine eigene Ortsgruppe. Zu dieser Gründungsversammlung reiste der Gewerkschaftssekretär Gengler aus Stuttgart an. Erster Vorsitzender der Ortsgruppe wurde der Geometer Josef Ilg⁹¹.

Schon im Kommunalwahlkampf wurde die Ortsgruppe aktiv. Insgesamt veranstaltete man drei Versammlungen, und zur Wahl stellte man eine eigene Liste auf. Für das Zentrum kandidierten immerhin drei Frauen, was ansonsten keine andere Liste aufweisen konnte; und die Liste deckte auch alle sozialen Schichten, vom Rechtsanwalt bis zum Arbeiter und Kleinbeamten, ab⁹². Bei der Wahl am 18. 5. stimmten 4,9 % der Haller/innen für das Zentrum, so daß Rechtsanwalt Ernst Hagenmeyer für drei Jahre in den Gemeinderat einziehen konnte⁹³. Er schloß sich der Fraktion der »Wirtschaftlichen Wählervereinigung« an⁹⁴. In den Nachkriegsmonaten waren außerdem in den Gemeinden Steinbach und Hesselental eigene Ortsgruppen entstanden⁹⁵. In Hesselental kandidierte das Zentrum als Teil der »evangelischen und katholischen Bürger«, die 7 von 10 Mandate gewannen; u. a. saß der Zentrums-Vorsitzende Schwarz im Gemeinderat⁹⁶.

Alle drei Ortsgruppen versammelten sich am 14. 12. 1919 im Gasthof »Kronprinzen« zu einer Bezirksversammlung. Der Haller Alois Wiehl übernahm das Amt des Bezirksvorsitzenden, und auch an der Spitze der Haller Ortsgruppe löste er Ilg ab⁹⁷.

Das Zentrum war fast permanent Regierungspartei und mußte so oft die an Sachzwängen orientierte Politik der Entscheidungsträger gegen die Forderungen der Opposition verteidigen. In der württembergischen Verfassungsdiskussion gelang es dem Zentrum, eigene Forderungen zu verankern, vor allem in der Kirchenfrage. Gegen die Forderungen der Linken wurden Staat und Kirche nicht vollständig getrennt, sondern eine öffentlich-rechtliche Körperschaft geschaffen⁹⁸. Vor den Wahlen im Mai 1920 gelang es den Hallern, den Landesjustizminister

89 Ebd.

90 Wie Anm. 87, S. 66.

91 HT vom 14. 2. 19 und 28. 3. 19.

92 HT vom 8. 5. 19.

93 Wie Anm. 41.

94 Wie Anm. 46.

95 HT vom 13. 12. 19.

96 Wahlergebnis Hesselental, HT nach 8. 5. 19.

97 Wie Anm. 95.

98 K. Bachem: Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumsparlei. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte der katholischen Bewegung sowie zur allgemeinen Geschichte des neueren und neuesten Deutschlands 1815–1914. Band 8: Das Zentrum in den Süddeutschen Staaten 1887–1914. Das Zentrum in und nach dem Weltkrieg 1914–1930, Köln 1931, S. 422f.

Bolz für eine Versammlung zu gewinnen. An diesem gut besuchten Abend nahm Bolz die Novemberrevolution und die Regierungspolitik in Schutz. Er meinte, daß es nicht vorrangig um die Staatsform, sondern um die Bewältigung der Probleme gehe, außerdem setzte er sich für striktes Sparen, ein Ende der Zwangswirtschaft und mehr Privatinitiative ein⁹⁹.

Die Haller Aktivitäten brachten gegen den allgemeinen Trend Stimmengewinne (jetzt 5,5 %). Im ländlichen Hessental gelang dem Bauernbund dagegen der Einbruch in die Zentrumswählerschaft, wohingegen in Steinbach der Stimmenanteil stabil blieb, wohl aufgrund der Bedeutungslosigkeit des dortigen Bauernbunds¹⁰⁰.

Mehrere Veranstaltungen zeigten, daß die Kirche keineswegs parteipolitische Neutralität pflegte, sondern öfters das Zentrum wohlwollend unterstützte. In Hall stellte sich Stadtpfarrer König mehrmals zur Verfügung. So schloß das Zentrum das Jahr 1920 z. B. mit Königs Referat über den Kommunismus ab¹⁰¹.

Nach einer längeren Pause versammelten sich die Mitglieder wieder am 5. 3. 1922, zusammen mit der zwischenzeitlich gegründeten Jugendgruppe. Im Mittelpunkt stand der Bericht der Delegierten Ruß über den Berliner Reichsparteitag, auf dem die neuen Parteirichtlinien formuliert worden waren. Vom Parteikassierer wurde eine betrübliche Finanzlage gemeldet, doch viele Mitglieder folgten dem spontanen Spendenaufruf von Alois Wiehl und stopften so die größten Löcher. Abschließend rief Wiehl noch zu einer Werbekampagne auf, die den Schwung des erfolgreichen Parteitages nutzen sollte¹⁰².

Die zweite Bezirksversammlung am 26. 11. 1922 wurde u. a. von Landessekretär Halder mit einem Referat über »Deutschlands Lage« gestaltet, worin er die Reichsregierung des Kanzlers Wirth in Schutz nahm. Kritische Nachfragen entgegnete er mit dem Hinweis auf die so oft genannten Sachzwänge. Im Hinblick auf die kommenden Gemeinderatswahlen entschloß sich die Ortsgruppe, die »Wirtschaftliche Wählerversammlung« zu unterstützen. Diese Strategie bewährte sich nicht, das Zentrum verlor seinen bisherigen Sitz¹⁰³. Auf der erwähnten Bezirksversammlung wurde Wiehl, bei einer Enthaltung, im Amt des Vorsitzenden bestätigt¹⁰⁴.

Im Wahljahr 1924 war die Ausgangsposition des Zentrums angesichts der anhaltenden Krise schlecht. Hier bewährten sich die konfessionelle Geschlossenheit und auch die recht ideologiefreie Programmatik der vergangenen Jahre, so daß das Zentrum sich als einzige mitregierende Partei behaupten konnte. Speziell in Hall mußte die Zentrumsgruppe aber auch die unpopuläre und dann auch gescheiterte Auflösung des Landgerichtes durch die Landesregierung mitverantworten¹⁰⁵. Dies könnte dafür verantwortlich sein, daß sie einige Stimmen verlor. In Hall und

99 HT vom 1. 6. 20.

100 Wie Anm. 5.

101 HT vom 18. 11. 20.

102 HT vom 10. 3. 22.

103 Wie Anm. 67.

104 HT vom 28. 11. 20.

105 Wie Anm. 3, S. 31.

Umgebung hatte man zu insgesamt drei Veranstaltungen geladen. Auf der zweiten gab erneut Stadtpfarrer König mit einer Rede vor katholischen Frauen Schützenhilfe¹⁰⁶. Am dritten Abend war Adam Müller aus Mergentheim Gast der Hessentaler Ortsgruppe. Der Spitzenkandidat des Bezirkes griff den unmittelbaren Konkurrenten Bauernbund massiv an, und auch Alois Wiehl warb um dessen evangelische Wähler/innen, wobei er besonders die aktive Agrarpolitik im Landtag hervorhob¹⁰⁷. In Steinbach und in Hessental gelangen dieses Mal Stimmengewinne bei Verlusten des Bauernbundes¹⁰⁸.

Erneute Reichtagswahlen im Dezember 1924 ließen die Parteien nicht zur Ruhe kommen. Der Haller Ortsverein wurde am 19. 11. 1924 vom württembergischen Parteivorsitzenden und Justizminister Beyerle unterstützt. Der Minister zog zahlreiche Besucher/innen an. Er hob die Erfolge der Zentrums politik hervor, und für die Zukunft forderte er eine gerechte Lastenverteilung zugunsten der sozial Schwachen. Ortsvorsitzender Wiehl schloß die Veranstaltung mit einem Appell gegen die Wahl von Kleinstparteien¹⁰⁹.

Die Haller Zentrumsgruppe hatte sich schon immer von rechter Politik distanziert, ablesbar an verschiedenen Statements und gemeinsamen Aktionen mit SPD und DDP für die Republik. So demonstrierte man zusammen mit diesen Parteien, den Gewerkschaften und dem Afa-Bund am 27. 6. 1922 gegen den Mord an Walter Rathenau und für die Republik¹¹⁰. Des weiteren beteiligte sich Alois Wiehl im Herbst 1924 an der Gründung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Hall. Zwar äußerte er sich ausdrücklich als Privatperson, aber in der Zeit seines Vorsitzes hatte er eigentlich immer die große Mehrheit der Partei hinter sich gewußt¹¹¹.

4. Die SPD in Hall

4.1 Die Stunde der Reformpartei

Die Haller Sozialdemokratie bestand schon seit den Anfängen, seit 1864, und war in der kaum industrialisierten Stadt zu einer einflußreichen Bewegung angewachsen. Die Arbeiterbewegung erfaßte mit ihren Organisationen das ganze soziale Leben der Menschen, so existierten 1918 neben der Partei auch Gruppen der Vereinigten Gewerkschaften, des Gesangvereins »Liberté«, des Arbeiterturnvereins »Vorwärts« und der »Naturfreunde«¹¹².

1914 hatte die SPD 125 eingeschriebene Mitglieder¹¹³, bis 1918 schrumpfte die Ortsgruppe auf ungefähr 100¹¹⁴. Politisch lagen die Haller auf dem gemäßigten

106 HT vom 2. 5. 24.

107 Ebd.

108 Wie Anm. 16.

109 HT vom 1. 12. 24.

110 HT vom 28. 6. 22.

111 Wie Anm. 82.

112 H. P. Müller: Streiflichter aus der Geschichte der Haller Sozialdemokraten, in: HT vom 7. 10. 1989.

113 Ebd.

114 Ebd.

Kurs des Landesvorstandes um Wilhelm Keil. Auf die Novemberrevolution reagierte man mit einer großen Volksversammlung zusammen mit Gewerkschaften und Linksliberalen. Landesvorstandsmitglied Scheck beruhigte die aufgeschreckten Bürgerlichen, er sprach sich gegen sozialistische Umsturzversuche aus und unterstützte statt dessen vorbehaltlos die neue Regierung. Zu diesem Zeitpunkt waren die realen Probleme der deutschen Gemeinden drängender: die Nahrungsmittelversorgung mußte gesichert, heimkehrende Soldaten und die Opfer versorgt werden¹¹⁵. Der Arbeiterrat unterstützte den Gemeinderat hier nach Kräften¹¹⁶. Während andere Parteien mühsam neue Wege suchten, waren die Sozialdemokraten schon Anfang Dezember 1918 dabei, von Hall aus das gesamte Oberamt mit Veranstaltungen zu überziehen. Innerhalb eines Monats kam die SPD so auf insgesamt 45 Veranstaltungen in fast ebensovielen verschiedenen Ortschaften¹¹⁷. An der Spitze der Haller SPD stand der Schreinermeister Georg Brotz¹¹⁸. Für die anstehenden Wahlen gelang es den Hallern Karl Krüger, der schon im Kaiserreich mehrfach erfolglos um ein Mandat gekämpft hatte, auf den günstigen Platz 29 der Landesliste zu setzen¹¹⁹. Erst kurz vor der Wahl selbst lud die Ortsgruppe auch im Stadtgebiet zu einer öffentlichen Versammlung. Es redeten der ehemalige Landtagsabgeordnete Reichel und die Politikerin Zundel¹²⁰. Am Vortag des Wahlganges zur Nationalversammlung warb der schon in die Verfassungsgebende Landesversammlung gewählte Prof. Dr. Sackmann aus Stuttgart in Hall für die SPD; sein Thema war die Problematik der Trennung von Staat und Kirche¹²¹.

Zwar errang die SPD in der Nationalversammlung wie in der Landesversammlung klar die stärkste Position, doch verfehlte sie mit 38,2 % und 34,4 % die absolute Mehrheit deutlich, selbst mit den relativ wenigen Stimmen der USPD zusammen war man noch auf bürgerliche Koalitionspartner angewiesen. Im Oberamt Hall stellte sich der Erfolg der umfangreichen Wahltour ein, und die SPD wurde zum ersten Mal mit ca. 30 % stärkste Kraft. In der Stadt Hall lag sie sogar 10 % darüber. Außerdem war auch Karl Krüger in die Verfassungsgebende Landesversammlung gewählt worden¹²².

Obwohl Hall kein großer Industriestandort war, hatte die SPD nicht wenig Mitglieder. Vor Kriegsausbruch waren es 125 Mitglieder gewesen, und der gesamte Kreisverband umfaßte 1916 489 Parteigenossen¹²³. Nach dem Krieg galt es, eine neue organisatorische Offensive zu starten. Es sollte endlich auch auf dem Land eine organisatorische Basis entstehen, und Hall diente hier als Stützpunkt für ganz Hohenlohe. Am 1. 2. 1919 versammelten sich die Parteimitglieder zu ihrer Generalversammlung. Der alte Vorsitzende Georg Brotz wurde von Friedrich

115 Wie Anm. 28.

116 Wie Anm. 46, 25. 11. 18.

117 HT vom 6. 12. 18, 14. 12. 18, 20. 12. 18, 3. 1. 19 und 4. 1. 19.

118 Wie Anm. 28.

119 HT vom 3. 1. 19.

120 HT vom 8. 1. 19.

121 HT vom 17. 1. 19.

122 Wie Anm. 35.

123 S. Neuschl: Die USPD in Württemberg, Esslingen 1983, S. 378.

Baumann abgelöst¹²⁴. Einen Monat später setzte die SPD einen Aufruf in die Lokalpresse, mit der Aufforderung in die Partei einzutreten und neue Ortsgruppen zu gründen¹²⁵. Im März sprach Parteisekretär Schleicher auf Veranstaltungen in Rieden, Hessental und Steinbach mit genau diesem Anliegen¹²⁶. Nur in Steinbach gelang dabei die Wiederbelebung der Ortsgruppe auf Dauer¹²⁷, eine Riedener, eine Hessentaler und eine Gelbinger Gruppe existierten ohne nennenswerte Aktivitäten, wobei die Hessentaler Ortsgruppe ab 1922 wieder deutlich besser funktionierte¹²⁸. In Hall selbst wuchs die Mitgliederzahl auf 188 an, worunter sich immerhin 28 Frauen befanden¹²⁹. Diese bildeten auch eine eigene Frauengruppe. Die Jungmitglieder wurden im Laufe des Jahres zu einem Haller Ableger der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) zusammengefaßt¹³⁰.

Der 1. Mai 1919 war unter den neuen politischen Verhältnissen auch in Hall zum ersten Mal in entsprechender Größe begangen worden. Ca. 1000 Teilnehmer/innen bildeten einen Demonstrationzug durch die Stadt, Hunderte von Passanten gesellten sich danach zusätzlich zur zentralen Kundgebung auf dem Marktplatz. Als Redner forderte Friedrich Baumann die »Arbeiterbrüder der ganzen Welt« auf, die harten Vertragsbedingungen gegen Deutschland zu verhindern, die »schon wieder einen neuen Krieg in sich bergen würden«. Außerdem wurde eine Forderungsliste an den Oberamtsvorstand verlesen. Die Arbeiterschaft forderte darin die volle Mitwirkung des Arbeiterrats bei der Lebensmittelversorgung und die Unterbindung allen Privathandels in diesem Sektor¹³¹. Die zweite große Demonstration fand am 13. 5. 1919 zusammen mit allen anderen Parteien, also WBP, DDP, Zentrum sowie der DFG, gegen den Vertrag von Versailles statt¹³².

Recht wenig Öffentlichkeitsarbeit unternahm die SPD zur Vorbereitung der Gemeinderatswahlen im Mai 1919. Erst zwei Tage vor der Wahl fand eine Kundgebung mit dem Heilbronner Gemeinderat Bassler statt. Der Gast hielt vor großem Publikum eine Rede über die anstehenden kommunalen Probleme¹³³. Enttäuschend war, daß die SPD nur eine einzige Frau auf ihre Wahlliste setzen konnte, weniger als DDP oder Zentrum¹³⁴. Immerhin hätte Friedericke Wehrer fast ein Mandat errungen, aber nur fast! Ansonsten bestätigte die SPD mit 37,3 % ihre bisherige Stärke. Die Gemeinderatsfraktion bestand aus Karl Krüger (Vorsitz), Georg Brotz, Friedrich Baumann, Heinrich Fackler, Albert Zeller, Friedrich

124 Evident aus den folgenden Veranstaltungen im Frühjahr 1919.

125 HT vom 28. 2. 19.

126 Ebd.

127 HT vom 28. 3. 19.

128 HT vom 17. 2. 22.

129 Wie Anm. 112.

130 Ebd.

131 HT vom 2. 5. 19.

132 HT vom 14. 5. 19.

133 HT vom 17. 5. 19.

134 HT vom 8. 5. 19.

Spengler und Martin Müller, wobei die drei letztgenannten schon nach drei Jahren zur Wiederwahl antreten mußten¹³⁵.

Nach den Wahlen zu den verfassungsgebenden Organen hatte die SPD sich überall der Regierungsverantwortung gestellt. In dieser Phase entfernte sie sich zusehends von der Arbeiterbasis und ermöglichte der radikaleren USPD die Entwicklung zur zweiten großen Arbeiterpartei. Um neues Vertrauen warb am 7. 9. 1919 der württembergische Landesvorsitzende Wilhelm Keil im Gasthof »Zum Hirsch«¹³⁶. Keil war mitverantwortlich dafür gewesen, daß die SPD 1914 den Kriegskrediten zugestimmt hatte, und damit für das Zerwürfnis mit der Parteilinken, jetzt war er Parlamentspräsident.

4.2 Stimmungswandel

Zwischen Frühjahr 1919 und Winter 1919/20 ruhte die Parteiarbeit weitgehend. Mitte Januar bekräftigte der Heilbronner Landtagsabgeordnete Fritz Ulrich die SPD-Positionen vor Haller Publikum; schon mußte er sich bemühen, verfälschende Darstellungen des Krieges und der deutschen Niederlage richtigzustellen. Seine Warnung vor der politischen Reaktion war jedenfalls nicht aus der Luft gegriffen, denn Mitte März rüttelte der »Kapp-Lüttwitz-Putsch« die junge Republik auf. Am 18. 3. 1920 schloß sich die Haller Arbeiterschaft dem politischen Generalstreik an: einmütig riefen Gewerkschaften, SPD und USPD zur Kundgebung in die Turnhalle¹³⁷. Nähere Schilderungen dieser Tage in Hall sind leider nicht überliefert.

Noch deutlicher wurde das Wiedererstarken der politischen Rechten bei den Juniwahlen 1920 zum Reichstag und zu Landtagen. Für den Haller Wahlkreis kandidierte Hauptlehrer Schnabel aus Michelbach/Wald für den Landtag und der Stuttgarter Feuerstein für den Reichstag¹³⁸. Drei große Veranstaltungen bildeten den Schwerpunkt des Haller Wahlkampfes. Am 11. 5. sprach Anna Blos, die Frau des württembergischen Staatspräsidenten, vor vollem Haus über den Erfolg der Frauenemanzipation¹³⁹. Am 24. 5. stellten sich die beiden Kandidaten Feuerstein und Schnabel ihrer Haller Wählerschaft¹⁴⁰. Schließlich redete noch Fritz Ulrich am 4. 6. vor einem weniger gefüllten Haus¹⁴¹. Man versuchte, den Rechtsparteien die Verantwortung für den »Kapp-Lüttwitz-Putsch« anzulasten und redete heftig gegen die schon weit verbreitete Dolchstoßlegende an. Die SPD stellte die Menschen vor die Wahl zwischen Demokratie und Diktatur. Selbst konnte die SPD aber nur auf wenige Umsetzungen ihrer wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen verweisen, und in der Frage der Friedensbedingungen sparte man auch

135 HT vom 20. 5. 19.

136 HT vom 7. 9. 19.

137 HT vom 18. 3. 20.

138 HT vom 16. 5. 20.

139 HT vom 20. 3. 20.

140 HT vom 29. 5. 20.

141 HT vom 5. 6. 20.

nicht mit Polemik gegen den Versailler Vertrag («Weltverbrechen» [Ulrich], «Vergewaltigung des Volkes» [Blos]). Nur in Steinbach stellte der einzig weitere gut funktionierende Ortsverein der SPD noch eine zusätzliche Veranstaltung auf die Beine¹⁴², insgesamt also kaum noch eine Spur von der flächendeckenden Kampagne wie im Dezember und Januar 1918/19. Das Ergebnis erschütterte die bisherigen Mehrheiten. Die Stimmenzahl der SPD wurde halbiert, während die USPD ihren bisherigen Anteil verdreifachte. Die bürgerliche Rechte konnte ihre Wählerschichten wieder mobilisieren und profitierte so am stärksten von der stark gesunkenen Wahlbeteiligung. Im Oberamt Hall überflügelte der Bauernbund die SPD bei weitem. In den Stadtbezirken erhielt die SPD wenig mehr als 1000 Stimmen (25,2 %) und hielt die Position der stärksten Partei nur knapp. Erstaunlich ist der gegenläufige Trend in manchen Gemeinden. In Hessental kam die SPD auf 26,2 % (-4,1 %) und in Steinbach gelangen sensationell noch Stimmengewinne: 41,2 % (+3,0 %)!¹⁴³

4.3 Nach der Niederlage von 1920

Als Reaktion auf die Wahlniederlage entschied sich die SPD in Stuttgart für den Gang in die Opposition¹⁴⁴. Kommunalpolitisch zeigte die SPD unter der Führung ihres Fraktionsvorsitzenden Karl Krüger ein eigenes Profil. Die Stadt Hall und der Gemeinderat standen schon seit Kriegsmitte vor allem unter dem Druck einer mangelhaften Lebensmittelversorgung¹⁴⁵. Am 22. 6. 1920 riefen die SPD und die Gewerkschaften zu einer Protestkundgebung gegen die fortwährende Lebensmittelverteuerung, vielleicht auch um angestautem Unmut ein Ventil zu verschaffen. Die Gemeinderäte stritten schon seit 1919 über die Milchversorgung. Die SPD trat, unterstützt von der Landesregierung, für zentrale Milchsammelstellen und kontrollierte Abgabe an die Bevölkerung ein, während die Bürgerlichen dies als Zwangswirtschaft abtaten und so ein monatelanges Hin und Her einleiteten. Im März 1920 wurden dann doch Stellen für ein kommunales Sammel- und Verteilungsnetz geschaffen¹⁴⁶.

Die SPD-Räte setzten sich ab 1920 auch für bessere Tarife und angemessene Löhne für städtische Angestellte ein¹⁴⁷. Eine zentrale Debatte im Gemeinderat und der gesamten Haller Bürgerschaft wurde von der akuten Wohnungsnot der Nachkriegszeit ausgelöst. Für Rentner/innen und Bedürftige sollte ein eigenes Bürgerheim geschaffen werden, vielleicht auch mit dem Hintergedanken, so freien Wohnraum im Zentrum der Stadt zu schaffen. Schon hatte die Stadtverwaltung mit der bürgerlichen Mehrheit ein Spital-Bürgerheim beschlossen, wobei die SPD

142 Ebd.

143 HT vom 7. 6. 20.

144 Wie Anm. 3, S. 29ff.

145 A. Müller: Schwäbisch Hall 1914–1918. Eine Oberamtsstadt im Spiegel des 1. Weltkrieges, in: WFr 76 (1992), S. 275–284.

146 StadtA Schwäb. Hall, Gemeinderatsprotokolle, Band 1920, 19. 1. 20 und 3. 3. 20.

147 Ebd., 12. 5. 20, § 143.

diese Variante ablehnte und mit einer »Kasernierung« verglich (Karl Krüger)¹⁴⁸. Erst eine eindrucksvolle Bürgerversammlung verdeutlichte den einhelligen Widerstand der Betroffenen¹⁴⁹, so daß nach und nach die SPD-Pläne für ein eigenes Bürgerheim realisiert wurden, das bis 1924 verwirklicht wurde¹⁵⁰.

1920 führte die SPD in Hall eine Diskussion um innerparteiliche Reformen. Zum zweiten Mal besuchte Wilhelm Keil den Haller Ortsverein. Sein Thema war der Generalstreik, organisiert von USPD und KPD im August gegen die Einführung des automatischen Steuereinzugs über die Arbeitgeber. Keil klagte die Streikbefürworter und ihre Vorstellung von einer deutschen Räterepublik der Realitätsferne an. Ein anwesender Betriebsrat widersprach und führte statt dessen das Scheitern auf Verrat durch Teile der Arbeiterschaft zurück¹⁵¹.

Am 10. 2. 1921 sprach der württembergische Landesvorsitzende Steinmeyer in Hall. Vor nur wenigen Zuhörer/innen argumentierte er gegen die radikale Linke, lobte die bisherige Arbeit der Regierung und nach der Feststellung, daß der Republik die Republikaner fehlten, endete er mit der Forderung einer Rückkehr in die Landesregierung¹⁵². Als Wilhelm Keil im November des gleichen Jahres Minister wurde, traten die Sozialdemokraten tatsächlich noch einmal bis Ende 1923 ins Kabinett ein.

Der 1. Mai war schon immer der Tag für schöne, große Worte gewesen. 1921 versammelten sich wieder 1000–1200 Menschen zur »würdigen Feier« auf dem Marktplatz. Von der Heilbronner Geschäftsstelle war Redakteur Müller anwesend, der die internationale Arbeitersolidarität als Ausweg aus der Misere anbot und eine sozialistische Zukunft beschwor¹⁵³. Schon damals wurden, wie auch auf einer speziellen kommunalpolitischen Veranstaltung am 28. 5., die Wohnungsnot und steigende Arbeitslosenzahlen thematisiert¹⁵⁴. Eine zweite Protestkundgebung der Arbeiterschaft war ein Signal gegen verschiedene politische Morde und die Lebensmittelteuerung.

Zum ersten Mal veranstaltete die Arbeiterschaft am 9. 11. 1921 eine Feier zum Gedenken an die Novemberrevolution. Wieder war es Fritz Ulrich, der nüchterne Worte für einen Rückblick fand und vor allem bisher Erreichtes verteidigte¹⁵⁵. Immer mehr dominierten jetzt in Deutschland Reparationsfragen und Inflationsprobleme, Themen, die vor allem der antirepublikanischen Rechten Aufwind brachten. Verfassungstreue Parteien wie die SPD mühten sich in dieser Phase oft vergeblich, einerseits ihre Ablehnung der Versailler Vertragsbedingungen klar herauszustellen, andererseits aber die Vernunft einer »Erfüllungspolitik« zu

148 Ebd., Band 1922, 21. 6. 22, § 198.

149 Ebd., 5. 8. 22, § 215.

150 Ebd., Band 1924, 23. 1. 24, § 10.

151 HT vom 21. 9. 20.

152 HT vom 23. 2. 21.

153 HT vom 2. 5. 21.

154 HT vom 26. 5. 21.

155 HT vom 10. 11. 21.

begründen. Vor diesem Problem stand auch Regierungsrat Roß aus Stuttgart, der das Referat für eine Veranstaltung am 24. 5. 1922 übernommen hatte¹⁵⁶.

Die kommende erste tiefe Krise der Weimarer Jahre warf immer mehr Schatten voraus, so daß ein breites Bündnis von Parteien und Organisationen am 27. 6. 1922 gegen den politischen Mord an Walter Rathenau demonstrierte¹⁵⁷.

Die Tätigkeit der Parteien in dieser Zeit war im allgemeinen recht dürftig, so daß auch die SPD zwar regelmäßig die Mitglieder aus Hall, Hessental und Steinbach versammelte, darüber hinaus aber nur noch zwei Veranstaltungen abhielt, zum einen einen Abend mit dem einzigen SPD-Landesminister Keil, zum anderen eine Gedenkfeier an die Revolution 1918¹⁵⁸. Erst die anstehende Kommunalwahl im Dezember 1922 belebte die Aktivität etwas. In Hall trat die SPD gegen die Gemeinschaftsliste der »Wirtschaftlichen Wählervereinigung« und gegen den Beamtenbund an. Auf die eigenen Ziele machte die SPD mit je einer Veranstaltung in Hall und Steinbach aufmerksam¹⁵⁹. Die SPD hatte offenbar überzeugende kommunalpolitische Arbeit geleistet. Sie erreichte fast ihr Ergebnis von 1919 und konnte sogar aus wahrarithmetischen Gründen für die drei ausscheidenden vier neue Gemeinderäte entsenden: Gottlob Frank, Richard Günther, Wilhelm Vogelmann und Ludwig Fritsch¹⁶⁰.

4.4 Die Nationale Krise 1923/24

Mittlerweile war die Konfrontation zwischen Deutschland und Frankreich auf einem neuen Höhepunkt angelangt. Im Januar 1923 besetzten französische Truppen das Ruhrgebiet, um überfällige Reparationsleistungen einzufordern; die deutsche Regierung verkündete den passiven Widerstand gegen dieses Vorgehen¹⁶¹. Am 3. 3. 1923 sprach in Hall der Landtagsabgeordnete Pflüger vor einem zahlreich erschienenen Publikum zu diesem Thema. Auch in bezug auf das Anwachsen der Rechtsextremen war dieser Abend von Bedeutung, denn zum ersten Mal trat Prof. Christian Mergenthaler, Kopf der neuen NSDAP-Ortsgruppe, öffentlich auf und verteidigte in der Aussprache die Ziele seiner Partei¹⁶². Trotz Verbot wuchs die NSDAP insbesondere auch in Hall. Innerhalb weniger Monate zählte sie mit ca. 200 Mitgliedern wahrscheinlich ebensoviele Parteigenossen wie die SPD¹⁶³. Den Kampf gegen die extreme Rechte führte unter den demokratischen Parteien vor allem die SPD. Sozialdemokraten halfen z. B. der Polizei bei der Überwachung von NS-Mitgliederversammlungen. Bei einer DDP-Veranstaltung zum Thema NSDAP unterstützte Gemeinderat Frank die Veranstalter gegen den

156 HT vom 31. 5. 22.

157 Wie Anm. 64.

158 HT vom 8. 11. 22 und 6. 10. 22.

159 HT vom 9. 12. 22 und 25. 11. 22.

160 HT vom 12. 12. 22.

161 Wie Anm. 68.

162 HT vom 7. 3. 23.

163 KreisA Schwäb. Hall, B 128/1a-c.

anwesenden Mergenthaler. Auf einer SPD-Versammlung über die Nationalsozialisten leistete Fritz Ulrich Aufklärungsarbeit. Den Höhepunkt der Konfrontation bildete die NSDAP-Versammlung am 5. 8. 1923, als eine große Anzahl von Gegnern der NSDAP deren Veranstaltung störte; Fritz Ulrich griff den Hauptredner Kaltenboeck scharf an, und letztendlich sorgte die Mehrheit der anwesenden Gegner dafür, daß die Veranstaltung aufgelöst werden mußte¹⁶⁴. Die Kampagne zur Abwehr antidemokratischer Parteien und Gruppen mündete am 12. 11. 1923 in Hall in eine erste Veranstaltung des Republikanischen Reichsbundes, einer Schutzorganisation der Republik. Die Krise führte auch hier viele Menschen in den Saal, Redner war der DDP-Abgeordnete Johannes Fischer. Den Vorsitz übernahm der engagierte Antifaschist und SPD-Gemeinderat Gottlob Frank¹⁶⁵.

1923 hatten sich die verschiedenen Parteien und Fraktionen angesichts der Probleme auf ein gemeinsames Vorgehen besonnen. Auch in Hall sah man Politiker der verschiedenen Parteien viel öfters als zuvor öffentlich miteinander diskutieren, auch über neue wirtschaftspolitische Gedanken.

Im Mai 1924 standen dann wieder turnusgemäß Neuwahlen an. Im Wahlkampf suchten sich die Politiker wieder verstärkt voneinander abzugrenzen. Im März 1924 debütierte Dr. Karl Schumacher in Hall. Der Sozialdemokrat stand am Anfang einer langen und einflußreichen Politikerkarriere und bewarb sich in diesem Jahr zum ersten Mal um ein Landtagsmandat. In seiner Wahlkampfreden versuchte er die Arbeitnehmer/innen von den in seinen Augen eigensüchtigen Zielen der vermögenden Schichten zu überzeugen, und er warnte vor dem außenpolitischen Schaden einer konservativen Regierung¹⁶⁶. Zwei Wochen später warb die Reichstagsabgeordnete Ziegler mit ähnlichen Argumenten für die SPD¹⁶⁷.

Die Bezirksliste für die Oberämter Hall, Gerabronn, Crailsheim, Mergentheim und Künzelsau führte der Haller Gottlob Frank an¹⁶⁸. Frank trat auch mindestens einmal vor seinem heimischen Publikum im »Ritter« zusammen mit Fritz Ulrich auf¹⁶⁹. Zwischenzeitlich hatten die Bürgerlichen einen ziemlich intensiven Werbefeldzug gestartet, die SPD beließ es bei insgesamt vier Veranstaltungen in Hall. Die letzte der Serie war eine Kundgebung zum ersten Mai, die 1924 ganz im Zeichen der bevorstehenden Wahlen stand. Der schon altgediente Politiker Wilhelm Keil gab dieses Mal der Haller Arbeiterschaft die Ehre seines Besuches, dementsprechend überfüllt war auch der Saal im Gasthaus »Ritter«. Keil umriß mit seinen Ausführungen die Themen Größenwahn im Ersten Weltkrieg und die Folgen, deutsches »Großkapital« und Steuern¹⁷⁰.

Über Erfolg und Mißerfolg entschieden aber nicht die Güte der konkurrierenden Programme, sondern die Nachwirkungen der durchlebten Krise auf die Wähler-

164 HT vom 9. 8. 23.

165 HT vom 20. 11. 23.

166 HT vom 11. 3. 24.

167 HT vom 25. 3. 24.

168 HT vom 26. 4. 24.

169 HT vom 24. 4. 24.

170 HT vom 3. 5. 24.

schaft. Der 4. 5. 1924 brachte einen weiteren Rechtsruck auf Kosten der anderen bürgerlichen Parteien. Die SPD konnte Teile der Wähler/innen der aufgelösten USPD gewinnen, doch die Arbeiterparteien hatten zusammen weitere Anteile verloren. Im Oberamt Hall blieben der SPD immer weniger Stimmen aus ländlichen Gemeinden, wohingegen die Stimmenanteile in der Stadt wieder über 30 % kletterten. Die bisherigen Hochburgen Steinbach und Gelbingen sahen deutliche Stimmverluste zugunsten des Zentrums (Steinbach) oder des Bauernbundes (Gelbingen)¹⁷¹.

Am 12. 9. 1924 wurde auch in Hall eine Gruppe des gerade entstehenden Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold gegründet. Reichsweit hatte das Reichsbanner schon 3 Millionen Mitglieder. In Hall unterstützten neben der Arbeiterschaft auch die DDP und Teile des Zentrums die Neugründung. Stolz wurden schon am Gründungstag 100 eingeschriebene Mitglieder vermeldet¹⁷².

Ein Erfolg war auch eine große Anti-Kriegs-Kundgebung der gesamten organisierten Arbeiterschaft am 21. 9. 400 Teilnehmer/innen kamen in die Gaststätte »Eisenbahn«, ein geplanter Demonstrationzug war vorweg schon von der Polizei verboten worden¹⁷³, denn diese befürchtete unkontrollierte Krawalle.

Außenpolitisch waren die Siegermächte des Ersten Weltkrieges und das Deutsche Reich mittlerweile zu ersten Reparationsverträgen gekommen. Der Reichstagsabgeordnete Hildenbrandt war von der Haller SPD eingeladen worden, um das im Reichstag angenommene, aber sehr umstrittene Dawes-Gutachten vorzustellen. Hierbei hatten erstmals Teile der Deutschnationalen mit ihrer eingeschränkten Zustimmung Kompromißbereitschaft angedeutet¹⁷⁴. Gegen eine eingeforderte Regierungsbeteiligung der DNVP wehrte sich aber Hildenbrandt mit Blick auf eine möglicherweise anstehende Versöhnung mit dem Ausland¹⁷⁵.

Die Frage der neuen Reichsregierung wurde auch Anlaß für eine schnelle Reichstagsauflösung und Neuwahlen. Am Revolutionsgedenktage war Christine Ebert aus Stuttgart Gast der Haller SPD¹⁷⁶. Die SPD-Politiker Frank und Fackler besuchten eine kleinere KPD-Versammlung und beschuldigten den Redner der Moskauhörigkeit und des Gewaltmißbrauchs¹⁷⁷. Bei der nicht so gut besuchten dritten Veranstaltung der SPD äußerte sich der Heilbronner Funktionär Müller über die Politik der Bürgerlichen sowie besonders der völkischen Rechten und der KPD¹⁷⁸. Schließlich fand auch noch kurz vor dem Wahltag Fritz Ulrich Zeit für einen Besuch in Hall. Er war als Redner schon bekannt, so daß seine Veranstaltung entsprechend gut besucht war. In seinen Ausführungen betonte er, daß die Demokratie und die Republik die Grundlagen für die noch fehlende soziale

171 Wie Anm. 16.

172 Wie Anm. 84.

173 HT vom 24. 9. 24.

174 Wie Anm. 11, S. 66.

175 HT vom 7. 10. 24.

176 HT vom 8. 11. 24.

177 HT vom 16. 11. 24.

178 HT vom 21. 11. 24.

Gerechtigkeit seien. Als Wirtschaftsform wünschte er sich eine »Bedarfwirtschaft« an Stelle des in seinen Augen »dominierenden rohen Kapitalismus«. Auch Fritz Ulrich kam in dieser heißen Wahlkampfzeit nicht ohne polemische Übertreibung aus¹⁷⁹.

In den neuen Reichstag zog die SPD mit gestärkter Kraft ein. Trotzdem beteiligte sie sich nicht an einer neuen Regierung, sondern mußte sogar eine Koalition unter Einschluß der DNVP hinnehmen¹⁸⁰. Im Oberamt Hall gelang es immerhin, Teile der verlorenen Wähler/innen zurückzugewinnen, in der Stadt Hall selbst gingen die bescheidenen Zuwächse der SPD wahrscheinlich auf Kosten der KPD¹⁸¹.

5. USPD und KPD. Versuche links der SPD

Schon in der Vorkriegsphase zeigte sich, daß die SPD in zwei sich auseinanderlebende Flügel gespalten war. Bei Kriegsausbruch 1914 trug die Mehrheit der SPD die Kriegskredite mit, während sich die revolutionäre, pazifistische Minderheit verstärkt außerhalb der Partei sammelte. In Württemberg spalteten sich schon 1915 drei radikale Abgeordnete von der SPD-Landtagsfraktion ab und bildeten die »Sozialistische Vereinigung«. Trotz Unterdrückung und Zensur gelang es im April 1917, reichsweit die Kriegsgegner in der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) zu sammeln. Die günstige Ausgangslage gegen Ende des Krieges und in der Novemberrevolution konnte kaum in Einfluß umgesetzt werden, weil die Partei einerseits unter der Verfolgung geschwächt worden war und andererseits mit der Gründung der Kommunistischen Partei KPD (Spartakisten) die Revolutionäre sich abgespalten hatten¹⁸².

Arbeiter/innen außerhalb der großen industriellen Zentren waren von der revolutionären Stimmung weniger betroffen. So traten in Hall während der Umbruchwochen keine Unabhängigen auf. Die frühen Wahlen im Januar 1919, gegen die sich die USPD gewehrt hatte, brachten u. a. in Württemberg schwache Resultate, um die 3%. Im Oberamt Hall bekannten sich gerade 158 Wähler/innen, bei den Reichstagswahlen sogar nur 79, zur USPD. Auch im Stadtgebiet war die Partei mit 0,9% bzw. 0,6% nur eine Splittergruppe¹⁸³.

Selbst die SPD-geführte Landesregierung ging jetzt dazu über, die Arbeiter- und Soldatenräte zu entmachten. Dagegen mobilisierten die Räte einen Generalstreik. Aus diesen Richtungskämpfen in der Arbeiterbewegung gingen USPD und KPD(S) gestärkt hervor, was sich in Erfolgen bei den Gemeinderatswahlen niederschlug¹⁸⁴.

Dieses Mal war der politische Protest auch in Hall zu spüren. In diesen Monaten

179 HT vom 5. 12. 24.

180 Wie Anm. 11, S. 75.

181 Wie Anm. 23.

182 Wie Anm. 123, S. 348.

183 Wie Anm. 35.

184 Wie Anm. 123, S. 288 ff.

wuchs die USPD zur zweiten Massenpartei der Arbeiterbewegung, im September 1919 hatte sie reichsweit 715 500 Mitglieder¹⁸⁵. Der neugewählte Gemeinderat der USPD, Schwan, kam am 16. 8. 1919 nach Hall, um die Gründung einer USPD-Ortsgruppe einzuleiten, die offensichtlich auch gelang. Vorsitzender der Haller Ortsgruppe wurde der Parteigenosse Wieland¹⁸⁶. Den ganzen Herbst und Winter hindurch zeigte die Ortsgruppe rege Aktivitäten; neben häufigen parteiinternen Treffen trat sie auch mit auswärtigen Redner/innen an die Öffentlichkeit. Im Haller Tagblatt vom 5. 10. 1919 warb man um Leser/innen des württembergischen Parteiorgans »Der Sozialdemokrat«. Am 17. 10. 1919 erklärte die USPD-Gemeinderätin Ziegler aus Heilbronn das Verhältnis zur SPD, und am 1. 12. referierte der Landtagsabgeordnete Hornung über »Deutschland und das Räteresystem«¹⁸⁷. Die USPD versuchte immer noch, tiefgreifende Demokratisierung und Sozialisierung in der Wirtschaft durchzusetzen, aber hierbei stand sie auf ziemlich verlorenem Posten.

Mittlerweile hatte die USPD Konkurrenz bekommen. Auch die KPD(S) schaffte es wenigstens halbwegs, Anhänger/innen in Hall zu einer festen Gruppe zusammenzufassen. Zuerst existierte nur eine eigene »Zahlstelle«, dann lud die Partei am 27. 11. 1919 zu einer öffentlichen Versammlung mit Max Hammer¹⁸⁸, einem Stuttgarter Arbeiterrat, der die SPD beim Generalstreik im Frühjahr enttäuscht verlassen hatte¹⁸⁹. Dabei fand die KPD(S) anscheinend genug Resonanz, so daß schon drei Tage später der Versuch einer Ortsvereinsgründung unternommen wurde. Koordinator des Versuchs war Bruno Schonlauk aus Berlin¹⁹⁰.

Die zerstrittene Arbeiterschaft schaffte es, wenigstens im Widerstand gegen den »Kapp-Lüttwitz-Putsch« Einigkeit zu demonstrieren. Gemeinsam riefen SPD, Gewerkschaften und USPD zum Protest auf¹⁹¹.

Die Generalversammlung der USPD am 21. 2. 1920 stand unter dem Thema der Lebensmittelfrage¹⁹². Auch im Wahlkampf im Juni 1920 mischte die USPD-Ortsgruppe mit zwei eigenen Veranstaltungen mit. Zum einen hatte man den Backnanger Gemeinderat Erlenbach für den 22. 5. gewonnen¹⁹³ und zum anderen hatte man eine Wahlkampfveranstaltung mit dem Landtagsabgeordneten Ziegler vorbereitet¹⁹⁴. Erlenbachs Vortrag fand immerhin mäßigen Besuch, er betonte die weiterbestehende Notwendigkeit von Klassenkampf und Sozialisierung. Der zweite Abend wurde abgesagt, weil nur 20 Interessierte den Weg ins Gasthaus »Hirsch« fanden.

185 Ebd., S. 254.

186 HT vom 15. 8. 19.

187 HT vom 29. 11. 19.

188 HT vom 26. 11. 19.

189 Wie Anm. 123, S. 229.

190 HT vom 29. 11. 19.

191 Wie Anm. 137.

192 HT vom 20. 2. 20.

193 HT vom 26. 5. 20.

194 HT vom 27. 5. 20.

Die KPD(S) hatte schon vor dem »Kapp-Lüttwitz-Putsch« ihren Parteigenossen Stein aus Stuttgart für zwei Termine am 6. 3. gewinnen können. Stein war im Haller »Hirsch« und im Westheimer »Rösle«¹⁹⁵.

Im Monat vor den Wahlen trat vor allem der Parteipropagandist Sauter auf. Er versuchte, bei Veranstaltungen nahestehender politischer Gruppen die KPD-Position zu erläutern. Einmal besuchte er die USPD, und davor trat er beim rechtsextremen »Deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbundes« auf, einer Vorläuferorganisation der NSDAP¹⁹⁶. In Hall organisierte die KPD(S) dann noch eine eigene Versammlung mit ihrem Abgeordneten Tittel aus Ulm. Den 50 Zuhörer/innen pries er die völlige Zerstörung als beste Chance zum Aufbau eines neuen Landes, weiter schwärmte er vom »Bolschewismus«, unter dem die Russen freiwillig Mehrarbeit leisten würden¹⁹⁷.

Am 7. 6. 1920 zeigte sich dann das Scheitern sozialdemokratischer Politik. Die USPD verdreifachte ihre Wahlergebnisse in Württemberg, und selbst im ländlichen Haller Oberamt errang sie 4,5 %. In den Haller Stadtbezirken wurden schon allein 354 Stimmen gewonnen. Die Ortsgruppenarbeit hatte Früchte getragen. Die KPD(S) war mit Ergebnissen zwischen 1 und 1,5 % noch ein radikaler Splitter am linken Rand¹⁹⁸.

Kommunistische Aktivitäten hatten hiermit vorerst auch ihr Ende gefunden, während die USPD Halls ihre reichsweite Entwicklung widerspiegelte. Im August 1920 versuchte die radikale Arbeiterschaft, mit einem Streik die direkte Erhebung der Lohnsteuern zu verhindern. Das Scheitern dieses Streikes markierte das endgültige Ende revolutionärer Aktivitäten. Der SPD wollte man aber nicht in eine Regierung folgen, so daß die USPD in den überkommenen Positionen zwischen dem internationalen Kommunismus und dem reformistischen SPD-Kurs verharrte¹⁹⁹.

Die Entscheidung fiel endgültig am 6. 10. 1920 auf dem Reichsparteitag in Halle, als die Mehrheit die Vereinigung mit der KPD(S) zur Vereinigten Kommunistischen Partei (VKPD) beschloß und die Minderheit wieder in die SPD zurückkehrte²⁰⁰. Auf außerordentlichen Mitgliederversammlungen im Juni, im September und nach dem Parteitag am 15. 10. 1920 diskutierten die Haller Parteigenossen die jeweiligen Ereignisse²⁰¹. Das Ergebnis der Haller Beratungen bleibt im dunkeln, vermutlich gehörten die Haller aber der Minderheit der Rückkehrer in die SPD an, zumindest war kein Aufleben der KPD zu beobachten.

Bei den Wahlen 1924 gelang es der KPD beide Male nicht, die Mehrzahl der ehemaligen Stimmen der USPD für sich zu gewinnen, in Hall weit weniger noch als

195 HT vom 5. 3. 20.

196 HT vom 22. 5. 20.

197 HT vom 29. 5. 20.

198 Wie Anm. 5.

199 Wie Anm. 123, S. 303ff.

200 Ebd., S. 333ff.

201 HT vom 15. 10. 20, 10. 6. 20 und 23. 9. 20.

in anderen Teilen des Landes²⁰². Im Dezember organisierte die Heilbronner KPD auch drei Wahlkampfveranstaltungen in Hall und Steinbach, trotzdem sank sie wieder auf das tiefe Niveau von 1920 ab²⁰³.

Zusammenfassung

In der historischen Forschung ist es Konsens, daß der Übergang von der Monarchie zur Republik keine entscheidende Veränderung im deutschen Parteiengefüge darstellte. Neu war für die Parteien das Verhältniswahlrecht und die stark gewachsene Verantwortung ihrer Politiker/innen im Machtgefüge des neuen Staates. Im allgemeinen erforderte das neue Wahlrecht die verstärkte Bildung von Parteiapparaten und eine flächendeckende Organisation der Parteibasen²⁰⁴.

In Hall verlief die Phase des politischen Umsturzes in geordneten Bahnen. Die SPD war auf diese neue Situation am besten vorbereitet, so daß sie bis 1919 auch die politische Führung in der Region übernahm. Versuche, auch außerhalb des klassischen Milieus Wähler/innen auf längere Zeit an die SPD zu binden, scheiterten jedoch weitgehend. Die SPD in Hall verkörperte den neuen Typ der »Integrationspartei«, der durch »ständige Aktivität der Mitglieder, ein hohes Maß an Bürokratisierung, Einbeziehung der ganzen Person in die Organisation und Eingreifen in alle Lebensbezirke« charakterisiert war²⁰⁵.

Die bürgerlichen Parteien brauchten mehr oder weniger länger zur Neuformierung. Die neue DDP schaffte den Sprung in die Republik am schnellsten und eroberte so in den Jahren 1918/19 eine einflußreiche Position neben der SPD in Hall. Der DDP gelang es in Ansätzen auch, »Integrationspartei« des linksliberalen Bürgertums, wenn auch nur für wenige Monate, zu werden.

Der Einfluß der konfessionell gebundenen Zentrumspartei blieb auf die 8% Katholiken im Oberamt Hall beschränkt. Die Nationalliberalen konnten sich vor allem in Württemberg erst spät parteipolitisch neuformieren; nachdem sie in Hall Fuß gefaßt hatten, erwies sich die Stadt aber als ausgesprochene Hochburg für die DVP.

Die Umbruchmonate sollten die Ausnahme für die Weimarer Republik bleiben. Das Oberamt Hall wählte nach den vielen ernüchternden Ereignissen ab Sommer 1919 wieder konservativ, was für die DDP einen langanhaltenden Bedeutungsverlust einleitete. Insgesamt ging das politische Leben stark zurück. Die Kräfte der Parteien erschöpften sich meist in den vielen und materialaufwendigen Wahlkämpfen. Hall sah viele prominente Politiker/innen als Gäste, aber selbst konnten die Haller Ortsvereine keine überregionale Bedeutung erlangen; einzig Karl Krüger

202 Wie Anm. 16.

203 Wie Anm. 23.

204 Wie Anm. 11, S. 165f.

205 Ebd., S. 167f.

konnte ein Mandat für die Verfassungsgebende Landesversammlung erringen. Bemerkenswerte Ausnahme war für Hall nur die NSDAP um Christian Mergenthaler, der in Hall seine Karriere als Nazi-Funktionär begann²⁰⁶. An den extremen Rändern bahnte sich die Umgestaltung des alten Parteiengefüges an. Für die Kommunisten fehlte in Hall die soziale Basis, aber die NSDAP fand im Haller Kleinbürgertum viele offene Ohren und Herzen, was sich im Krisenjahr 1923 zeigte.

Die kommunalen Entscheidungen innerhalb und außerhalb des Gemeinderats fielen meistens unter Verzicht auf Parteitaktik, und vor allem die bürgerlichen Ortsvereine gestalteten das gesellschaftliche Leben in Hall nur am Rande mit. Diese Abhandlung der lokalen Parteigeschichte ersetzt also in keiner Weise eine allgemeine Stadtgeschichte in der Weimarer Republik.

206 Wie Anm. 71, S. 445ff.

	Landtag 12. 1. 1919	Reichstag 19. 1. 1919	Gemeinderat 18. 5. 1919	Reichstag 7. 6. 1920	Landtag 7. 6. 1920	Gemeinderat 10. 12. 1922	Reichstag 4. 5. 1924	Landtag 4. 5. 1924	Reichstag 7. 12. 1924
SPD	I	452450 34,38 %	470316 35,42 %	179315 15,85 %	175994 16,05 %		190323 15,73 %	190323 15,73 %	240821 20,27 %
	II	3916 27,79 %	4287 30,10 %	1958 16,24 %	1967 15,93 %		2354 15,98 %	2354 15,98 %	2485 18,75 %
	III	1823 38,92 %	1917 40,61 %	27053 37,25 %	1019 25,16 %		13402 36,51 %	1349 10,17 %	1429 32,25 %
USPD	I	40622 3,09 %	36415 2,74 %		145228 13,25 %				
	II	158 1,11 %	79 0,55 %		547 4,54 %				
	III	43 0,92 %	28 0,59 %		324 8,00 %				
KPD	I			36611 3,24 %	33178 3,03 %		158583 13,11 %	158583 13,11 %	96167 8,09 %
	II			145 1,20 %	130 1,05 %		319 2,17 %	319 2,17 %	158 1,19 %
	III			62 1,53 %			193 4,32 %	193 4,32 %	79 1,78 %
Zentrum	I	273192 20,76 %	363050 22,82 %		242704 22,54 %		248704 20,56 %	248704 20,56 %	278363 23,43 %
	II	687 4,82 %	705 4,95 %		648 5,47 %		652 4,43 %	652 4,43 %	678 5,12 %
	III	201 4,28 %	208 4,28 %	3580 4,93 %	221 5,46 %		203 4,54 %	203 4,54 %	212 4,78 %
DDP	I	328555 24,96 %	332010 25,00 %		161475 14,73 %		125624 10,38 %	125624 10,38 %	128761 10,84 %
	II	3824 26,82 %	3737 26,24 %		1608 13,66 %	Liste der Wirtschaft- lichen Wähler- vereini- gung	837 5,68 %	837 5,68 %	743 5,61 %
	III	1770 37,69 %	1800 38,14 %	20911 28,79 %	1082 26,72 %		512 11,45 %	512 11,45 %	508 11,46 %
DVP	I			42964 3,80 %	37269 3,40 %		55040 4,54 %	55040 4,54 %	67645 5,69 %
	II			473 3,92 %	410 3,32 %	18004 49,05 %	914 6,20 %	914 6,20 %	1340 10,11 %
	III			244 6,02 %			547 12,20 %	547 12,20 %	737 16,03 %